



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Sprachlehrkräften schnell unbefristete Stellen anbieten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, allen auf befristeten Stellen beschäftigten Sprachlehrkräften bei pädagogisch-fachlicher Eignung ab dem 1. Januar 2017 die Übernahme auf eine unbefristete Stelle anzubieten. Voraussetzung ist die Bereitschaft für einen Einsatz im Regelunterricht bei abnehmendem Sprachförderbedarf. Die Landesregierung soll die Entscheidung zum Angebot unbefristeter Stellen im Sinne von Satz 1 unverzüglich treffen und die betreffenden Lehrkräfte darüber informieren.
2. Der Ausschuss für Bildung und Kultur ist spätestens im Februar 2017 davon zu unterrichten, in welchem Umfang bisher befristet eingestellte Sprachlehrkräfte von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben und wie viele pädagogisch-fachlich geeignet waren, in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen zu werden.

Begründung

Die zusätzlich für die Schulen bereitgestellten Sprachlehrkräfte leisten in der sprachlichen Ausbildung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Muttersprache und bei der Ausgestaltung einer inklusiven Schulkultur eine wertvolle und unverzichtbare Arbeit.

Darüber hinaus ist bekannt, dass diese Lehrkräfte in nicht unerheblichem Maße Unterrichtsverpflichtungen übernommen haben, die über dieses Aufgabenspektrum hinausreichen und Fächer der regulären Stundentafel abdecken.

Eingedenk der am Beginn des Schuljahres 2016/2017 erreichten Unterrichtsversorgung hätte es einschneidende Konsequenzen für viele Schulen, wenn die Sprachlehrkräfte auf bis zum 31. Dezember 2016 befristeten Stellen mit dem 1. Januar 2017 ihren Schuldienst beendeten. Sie werden auch über ihre Sprachausbildungs- und Integrationsaufgaben hinaus dringend an den Schulen benötigt.

(Ausgegeben am 21.09.2016)

Es ist Eile geboten, da sowohl die üblichen Regularien der Förderung durch die Bundes-Agentur für Arbeit vor Ende der Befristung gewisse Maßnahmen erfordern als auch weitere Befristungen u. U. arbeitsrechtlich nicht möglich sind.

Das Land sollte nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE nicht das Risiko eingehen, viele dieser Lehrkräfte für den Schuldienst in Sachsen-Anhalt zu verlieren.

Die einbringende Fraktion ist sich bewusst, dass das Angebot einer unbefristeten Stelle nur im Fall einer entsprechenden pädagogisch-fachlichen Eignung zu verantworten ist. Das ist Bestandteil des Antrages und sollte durch ein geeignetes Verfahren an Hand der gezeigten Arbeitsleistung festgestellt werden.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender